



TEILHABE IN DER EINWANDERUNGS- GESELLSCHAFT.

Dialogpapier

der Projektgruppe

#NeuesMiteinander – Einwanderungsland Deutschland

ZUM DIALOGPAPIER

Neue Zeiten erfordern neue Ideen. Unter dem Titel „**Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit**“ erarbeitet die SPD-Bundestagsfraktion Antworten auf zentrale Zukunftsfragen.

Sechs Projektgruppen führen zu verschiedenen Themen einen Dialog mit Fachleuten, Verbänden, Organisationen sowie mit Bürgerinnen und Bürgern. Die erarbeiteten Konzepte sollen unmittelbar in die parlamentarische Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion einfließen (mehr unter www.spdfraktion.de/projekt-zukunft).

Die Projektgruppe „#NeuesMiteinander – Einwanderungsland Deutschland“ entwickelt neue Ideen für die Politikfelder kulturelle und religiöse Vielfalt, Integration, Flüchtlinge und Einwanderung. Das erste Dialogpapier zur kulturellen und religiösen Vielfalt wurde bereits öffentlich diskutiert: „Wir sind Einwanderungsgesellschaft. Chancen der kulturellen und religiösen Vielfalt“ (http://www.spdfraktion.de/system/files/documents/dialogpapier_neuesmiteinander_wir_sind_einwanderungsgesellschaft.pdf). Im vorliegenden Dialogpapier „Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft“ entwerfen wir ein Integrationskonzept für unsere Gesellschaft. Darin werden Herausforderungen und Handlungsfelder der Integrationspolitik skizziert und konkrete Fragen aufgeworfen.

Zu diesen Fragen möchten wir gerne mit Ihnen ins Gespräch kommen. Wir würden uns freuen, wenn Sie Ihre Expertise, Ihr Wissen und Ihre Erfahrung einbringen. So können wir unsere Handlungsempfehlungen weiter entwickeln und ergänzen.

Bitte schicken Sie Ihre Anregungen zu diesem Dialogpapier und zu den für Sie wichtigen Fragen (Sie müssen nicht alle Fragen beantworten!) bis zum 22.04.2016 an

cilia.ebert-libeskind@spdfraktion.de.

Mitmachen lohnt sich! Denn auch auf Basis Ihrer Stellungnahmen zu diesem Dialogpapier erarbeiten wir ein Konzept, das auf einer öffentlichen Veranstaltung diskutiert und anschließend ergänzt und der SPD-Bundestagsfraktion vorgelegt wird.

Dr. Karamba Diaby MdB, Projektleiter

Dr. Matthias Bartke MdB, Stellv. Projektleiter

Mitglieder der Projektgruppe #NeuesMiteinander:

Lars Castellucci MdB

Kerstin Griesse MdB

Gabriela Heinrich MdB

Josip Juratovic MdB

Daniela Kolbe MdB

Michelle Müntefering MdB

Karin Thissen MdB

Rüdiger Veit MdB

Gülistan Yüksel MdB

INHALT

DIALOGPAPIER	4
I. Das Neue Miteinander in Deutschland	4
II. Gleiche Chancen für alle	5
1. Bildung	5
2. Arbeit	8
3. Teilhabe	13

DIALOGPAPIER

I. DAS NEUE MITEINANDER IN DEUTSCHLAND

Deutschland ist ein starkes Land mit einer lebendigen, vielfältigen Gesellschaft. Die Einwanderinnen und Einwanderer der letzten Jahrzehnte haben Deutschland geprägt und zu einem wirtschaftlich und kulturell reicheren Land gemacht. Darauf sind wir stolz und darauf wollen wir aufbauen. Die in Deutschland lebenden Menschen haben unterschiedliche soziale, kulturelle und ethnische Hintergründe. Das ist normal und das ist auch gut so: Denn Vielfalt trägt zum Wohlstand unserer Gesellschaft bei und ist der Motor für die soziale und kulturelle Weiterentwicklung unserer offenen, pluralistischen Gesellschaft.

Vielfalt ist eine Stärke und für unsere Gesellschaft eine Chance. Doch wir können diese Chance nur realisieren, wenn wir alle zusammenarbeiten. Wir müssen unser Zusammenleben miteinander und nicht nebeneinander organisieren. Dabei bildet unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung gemeinsam mit dem Grundgesetz den verbindlichen Rahmen, an den sich alle Menschen in unserem Land halten. Darüber hinaus brauchen wir einen ehrlichen Dialog, wie wir in unserer vielfältiger werdenden Gesellschaft zusammenleben wollen.

Integration ist kein einseitiger Prozess. Ihr Gelingen hängt von der Offenheit ab, mit der wir einander begegnen, aber auch von der Bereitschaft, sich an gemeinsame Regeln zu halten. Gesetzliche Regelungen sind ein wichtiger, aber nicht der einzige Maßstab dafür. Auch gesellschaftliche Normen bestimmen unseren Umgang miteinander. Sie haben sich im Laufe der Zeit heraus gebildet und sie verändern sich. Was wir darüber hinaus brauchen, ist Anerkennung und Wertschätzung für die gelebte Vielfalt, die von verschiedenen kulturellen Einflüssen, religiösen Überzeugungen und lebensweltlichen Gewohnheiten ausgeht.

Vor allem geht es darum, dass Menschen aller Herkunft an der Gesellschaft teilhaben können. Die Sozialdemokratie hat viel erreicht, damit Teilhabe für alle in Deutschland möglich ist. Denken wir dabei an große Meilensteine wie das BAföG, das ein Studium für alle ermöglicht, an die Integrationskurse, die viel mehr als nur einen Zugang zur Sprache schaffen oder den Einstieg in eine aktive Antidiskriminierungspolitik. Auch der Bruch mit dem

Abstammungsprinzip bei der Staatsbürgerschaft, der Einstieg in die Mehrstaatigkeit und die weitgehende Abschaffung der Optionspflicht für hier aufgewachsene Jugendliche wären ohne die Sozialdemokratie nicht denkbar gewesen. Und nicht zuletzt ist das 2005 eingeführte Zuwanderungsgesetz, das fortwährend weiterentwickelt wird, Ergebnis sozialdemokratischer Politik. Jedes dieser Instrumente muss auch in Zukunft weiterentwickelt und angepasst werden. Dieses Papier macht Vorschläge für die dafür notwendigen nächsten Schritte.

II. GLEICHE CHANCEN FÜR ALLE

1. BILDUNG

Bildung entscheidet maßgeblich über gesellschaftliche Teilhabe. Das Bildungssystem bietet allen Menschen eine Perspektive, stärkt den sozialen Zusammenhalt und schafft wirtschaftliches Potenzial. Aber es muss noch viel getan werden, damit auch alle diese Chancen wahrnehmen und verwirklichen können. Denn nach wie vor ist in Deutschland der Bildungserfolg eng mit der sozialen Herkunft verknüpft. Damit sich das ändert, brauchen wir eine bildungspolitische Wende.

Frühkindliche Bildung

Der Bund soll sich am Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen beteiligen und auf eine Aufstockung des Personals hinwirken. Wir brauchen 80.000 zusätzliche Kita-Plätze, 20.000 neue Stellen für Erzieherinnen und Erzieher sowie gezielte Qualifikationsangebote, um die pädagogischen Kräfte für den Umgang mit der steigenden Vielfalt unserer Kinder und Jugendlichen zu stärken. Ein früher Kitabesuch ist maßgeblich für spätere Bildungs- und Entwicklungschancen. Um Erzieherinnen und Erzieher mit Migrationshintergrund soll dabei besonders geworben werden.

- Wir wollen sozial benachteiligte Familien und auch Familien mit Migrationshintergrund für den Kita-Besuch gewinnen. Flüchtlingsfamilien soll der Zugang zu frühkindlichen Bildungsangeboten erleichtert werden.

- Orte der frühkindlichen Bildung wollen wir zu Familienzentren umbauen. Sie sind der erste Berührungspunkt mit dem Bildungssystem und sollen in Zukunft allen Familien Orientierung und Unterstützung wie Sprachkurse, Bewerbungstrainings oder Jobbörsen bieten.
- Das Programm "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist der richtige Weg, um Sprachförderung in Kitas voran zu bringen. Wir brauchen 4.000 zusätzliche Plätze im Programm und Maßnahmen zur Integration von Kindern mit Fluchterfahrung.

- 1. Wie können Menschen mit Migrationshintergrund für den Erzieherberuf geworben werden? Welche Barrieren müssen dafür abgebaut werden?**
- 2. Wie können sozial benachteiligte Familien und Familien mit Migrationshintergrund für den Kitabesuch ihrer Kinder gewonnen werden? Braucht es mehr Verbindlichkeit für einen Kitabesuch? Wie kann der Kitabesuch von Kindern aus Flüchtlingsfamilien befördert werden?**
- 3. Wie erreichen wir, dass Kitas mehr Kinder mit Migrationshintergrund aufnehmen?**
- 4. Wie können sich Kitas auf die besonderen Erfordernisse der Einwanderungsgesellschaft einstellen? Wie kann Sprachentwicklung in Kitas stärker gefördert werden?**

Schule

- Frühe Förderung ist für langfristige Teilhabe besonders wichtig. Daher wollen wir das Ganztagsschulprogramm zunächst im Grundschulbereich ausbauen und qualitativ weiterentwickeln. Wir brauchen 25.000 zusätzliche Lehrkräfte und Erzieherinnen und Erzieher sowie bauliche Investitionen. Auch die Schulsozialarbeit wollen wir mit 5.000 neuen Stellen flächendeckend ausbauen. Außerdem müssen Jugendmigrationsdienste gestärkt werden. Das Schüler-BAföG soll für alle Schülerinnen und Schüler zugänglich sein, egal welche Schulform sie besuchen und wo sie wohnen. Für eine bildungspolitische Wende muss das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Grundgesetz aufgehoben werden.
- Zudem sollen Lehrkräfte auf den Umgang mit heterogenen Gruppen besser vorbereitet werden. Den Anteil von Lehrkräften mit Migrationshintergrund sowie mit Schwerpunkt Deutsch als Zweitsprache wollen wir steigern. Auch den Ausbau der Muttersprache bzw. die natürliche Mehrsprachigkeit wollen wir fördern.

5. **Welche Rahmenbedingungen sind für Teilhabe in der Ganztagschule besonders wichtig?**
6. **Welche Aspekte sind bei der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften für den Umgang mit heterogenen, interkulturellen und im Sprachniveau unterschiedlichen Gruppen von besonderer Bedeutung?**
7. **Wie kann stärker für Sozialarbeiter/innen und Lehrkräfte mit Migrationshintergrund geworben werden?**
8. **Welche Maßnahmen können helfen, um den familiären Hintergrund vom Bildungserfolg abzukoppeln? Braucht es dazu weitere strukturelle Reformen oder Mechanismen der Antidiskriminierungspolitik?**

Berufliche Bildung

- Ein flächendeckender Ausbau der Berufs- und Studienorientierung an allen Schulen ist eine wichtige Zukunftsaufgabe. Zudem müssen wir die Potenziale der Berufsschulen in ihrer Brückenfunktion für Spracherwerb und erste praktische Erfahrungen stärken und sie besser ausstatten. Die Anerkennung von ausländischen Schulabschlüssen für den Zugang zur Berufsschule muss verbessert werden.
- Geduldete sollen auch eine Ausbildung beginnen können, wenn sie älter als 21 Jahre sind. Auszubildende brauchen einen sicheren Aufenthaltsstatus bis zum Abschluss ihrer Ausbildung und für zwei Jahre im Anschluss für die Arbeitsplatzsuche. Wir wollen außerdem einen „Ausbildungspakt für Flüchtlinge“ schließen, der ihnen den Zugang zu Leistungen der Ausbildungsförderung ermöglicht. Ausbildungsbündnisse und Ausbildungsprogramme mit Schwerpunkt auf Sprachförderung wollen wir stärken.
- Abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber sollen eine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Arbeit bekommen können, wenn sie ein Jobangebot haben und die Voraussetzungen für einen einschlägigen Aufenthaltstitel erfüllen.

9. **Was muss beim Ausbau der Berufs- und Studienorientierung beachtet werden, damit das Image der Berufsausbildung auch bei Familien mit Migrationshintergrund gestärkt wird?**
10. **Wie kann der Bund die Berufsschulen in ihrer Funktion als Sprachbildungsstätte und Brücke zur dualen Ausbildung stärken?**
11. **Was können wir tun, damit die Berufsausbildung für Flüchtlinge attraktiver wird?**

12. Jugendliche mit Migrationshintergrund finden auch mit gleichem Schulabschluss schwerer einen Ausbildungsplatz als Mitschülerinnen und Mitschüler ohne Migrationshintergrund. Wie können Nachteile durch ggf. fehlende familiäre und andere soziale Netzwerke ausgeglichen und möglichen Diskriminierungsmechanismen entgegen gewirkt werden?

Hochschule

- Wir wollen den Anteil von Studierenden mit Migrationshintergrund an Universitäten und Fachhochschulen weiter steigern. Dafür setzen wir u.a. auf ein starkes BAföG, das bessere Bildungschancen ermöglicht – auch für Menschen mit Aufenthaltsgestattung und guter Bleibeperspektive. Noch bestehende Schnittstellenprobleme und Förderlücken müssen zügig beseitigt werden. Außerdem wollen wir die Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse verbessern.
- Wir unterstützen zudem die weitere Öffnung der Hochschulen für Menschen mit Fluchtbiographien und plädieren für pragmatische Lösungen, um die Hürden für die Aufnahme eines Studiums möglichst niedrig zu halten.
- Wir wollen sichere Zukunftsperspektiven für ausländische Studierende in Deutschland schaffen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass jede und jeder, der hier erfolgreich ein Studium absolviert hat, einen dauerhaften Aufenthaltstitel erhält.

13. Wie können Menschen mit Migrationshintergrund für ein Studium geworben werden?

14. Was kann der Bund tun, um den Zugang zur universitären Bildung für Flüchtlinge zu erleichtern?

15. Welche Best-Practice-Beispiele gibt es für die Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse durch Hochschulen?

2. ARBEIT

Arbeit ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben und die Teilhabe an unserer Gesellschaft. Der Zugang zum Arbeitsmarkt und vor allem zu „Guter Arbeit“ ist ohne ausreichende Sprachkenntnisse und berufliche Qualifikationen kaum möglich. Deshalb müssen Arbeitsmarktintegration, Sprachförderung und berufliche Qualifizie-

rung zusammengedacht werden. Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss durch gezielte, niedrigschwellige Beratungsangebote und auf die Bedürfnisse der Arbeitsuchenden zugeschnittene Förderprogramme verbessert werden, insbesondere für Frauen.

Spracherwerb

Mit der Sprachkompetenz steht und fällt die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Zentrales Instrument des Spracherwerbs für Einwanderinnen, Einwanderer und Flüchtlinge sind die Integrationskurse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.

- Integrationskurse sollen im Rahmen verfügbarer Plätze allen Asylbewerberinnen, Asylbewerbern und Geduldeten offen stehen, sofern nicht von vornherein klar ist, dass sie nicht in Deutschland bleiben. Das würde auch die große Gruppe der Afghaninnen und Afghanen betreffen.
- Das Integrationskurssystem muss ausgebaut werden und hat an einigen Stellen Nachbesserungsbedarf: Die Curricula müssen geprüft, überarbeitet und an die aktuellen Erfordernisse angepasst werden. Bei der Weiterentwicklung der Kurse muss auf die speziellen Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen von Menschen mit Migrationshintergrund eingegangen werden, zum Beispiel durch den Ausbau von Jugend- und Frauenintegrationskursen und die Einrichtung von berufsbezogenen und studienbegleitenden Angeboten. Insbesondere Frauen muss durch Kinderbetreuungsangebote der Zugang erleichtert werden.
- Um die Qualität der Integrationskurse zu sichern, sind zudem die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte zu verbessern. Wir treten dafür ein, dass die Honorarsätze der Lehrkräfte möglichst schnell deutlich erhöht werden und ihre soziale Absicherung gewährleistet ist.
- Wir wollen die Integrationskurse und die berufsbezogene Deutschsprachförderung besser mit den arbeitsmarktpolitischen Instrumenten des Zweiten und Dritten Buches Sozialgesetzbuch, mit Maßnahmen der Berufsorientierung, der Ausbildung sowie und der Beschäftigung in Betrieben verzahnen. Dafür braucht es ein Gesamtkonzept Sprache.

16. Worauf sollte bei der Weiterentwicklung der Curricula des Integrationskurssystems geachtet werden?

17. Wie könnte eine bessere Verzahnung von Sprachförderung und arbeitsmarktpolitischen Instrumenten aussehen?

Anerkennung und Nachqualifizierung

Viele Menschen, die zu uns kommen, sind gut qualifiziert. Um Chancengleichheit zu verwirklichen, muss die Kompetenzerfassung von Einwanderinnen und Einwanderern sowie die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse - auch Teilabschlüsse - verbessert und das Nachqualifizierungssystem ausgebaut werden.

- Ein Schlüsselement ist dabei die Verzahnung der Maßnahmen zur Kompetenzfeststellung und zur Arbeitsmarktintegration. Außerdem sollen die verschiedenen existierenden Modelle zur individuellen Vorbereitung auf eine Arbeitsstelle durch ein einziges, bundesweit einheitliches Modell ersetzt werden.
- Wir wollen die Kosten des Anerkennungsverfahrens sozialverträglich gestalten und die Anerkennungssuchenden während des Verfahrens durch ein Einstiegsdarlehen unterstützen. Und es muss einen Rechtsanspruch auf individuelle und unabhängige Beratung und Betreuung vor, während und nach dem Abschluss des Anerkennungsverfahrens geben.
- Menschen ohne formale oder mit niedriger Qualifikation müssen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt mit passgenauen Instrumenten unterstützt werden. Dazu gehören Angebote für Aus- und Weiterbildung, die niedrigschwellig, flexibel und ohne Altersgrenze gestaltet sind. Auch Möglichkeiten erste Erfahrungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu sammeln, sind wichtig, zum Beispiel durch "Arbeitsgelegenheiten" der Bundesagentur für Arbeit.

Beratung und Vermittlung

- Damit die Integration in den Arbeitsmarkt so früh wie möglich gelingt, müssen Beratung und Vermittlung durch qualifiziertes Personal erfolgen und die Angebote für die Arbeitsmarktintegration müssen miteinander vernetzt werden. Sprachkurse und Maßnahmen zum Arbeitseinstieg sollen gemeinsam beginnen. Wir wollen flächendeckend „Integration Points“ als zentrale Anlaufstellen für Asylsuchende, Geduldete und anerkannte Flüchtlinge einrichten. Schutzsuchende in Erstaufnahmeeinrichtungen sollen durch „Beschäftigungspiloten“ an die Arbeitsvermittlung heran geführt werden.

- Das Programm „Einstiegswege in den Arbeitsmarkt“ soll „Arbeitsgelegenheiten für Flüchtlinge“ schaffen und gleichzeitig Maßnahmen für alle Langzeitarbeitslosen verstärken. Die Mittel für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit sind aufzustocken.
- Damit die Integration in den Arbeitsmarkt so früh wie möglich gelingt, haben wir die vermittlungunterstützenden Leistungen des SGB III bereits für Asylbewerberinnen und -bewerber geöffnet. Der Kreis der Anspruchsberechtigten sollte in einem nächsten Schritt auf Flüchtlinge aus Afghanistan erweitert werden.
- Die Vorrangprüfung soll unter Beibehaltung der Prüfung der Arbeitsbedingungen zeitlich befristet ausgesetzt werden.
- Die Beratung für den Berufseinstieg muss möglichst zielgruppenspezifisch sein und die ganze Bandbreite des Arbeitsmarktes abdecken. Spezielle Beratungsangebote für Frauen und Existenzgründungsberatung sind gute Beispiele dafür. Auch kleine und mittelständische Unternehmen wollen wir in ihrem Bemühen stärken, Asylbewerber und Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

18. Wie verbinden wir den qualitativen Anspruch an die berufliche Ausbildung mit dem Ziel, Flüchtlinge schnell in Arbeit zu bringen?

19. Welche Instrumente und Unterstützungsangebote brauchen kleine und mittelständische Unternehmen, damit sie offener für die Beschäftigung von Flüchtlingen werden, die bereits Kompetenzen mitbringen?

20. Wie stärken wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation?

Wir wissen, dass der Arbeitsmarkt noch nicht gleiche Chancen für alle bietet. So ist die Arbeitslosigkeit bei Menschen mit Migrationshintergrund immer noch etwa doppelt so hoch wie bei Menschen ohne Migrationshintergrund. Das hat zum Teil mit niedrigeren Bildungs- oder fehlenden Berufsabschlüssen zu tun. Aber auch Diskriminierung ist ein Grund: Trotz vergleichbarer Abschlüsse sehen sich Menschen mit Migrationshintergrund Nachteilen auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt – selbst wenn sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind.

- Um Diskriminierung zu bekämpfen, wollen wir anonymisierte Bewerbungsverfahren ausbauen und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz weiter entwickeln. Auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes muss gestärkt werden. Der öffentliche Dienst und

Unternehmen sollen sich Zielvereinbarungen für einen höheren Anteil von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Migrationshintergrund setzen.

- 21. Welche weiteren Schritte kann der Bund unternehmen, um Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt einzudämmen?**
- 22. Was kann der Bund tun, damit der öffentliche und der private Sektor bei der interkulturellen Öffnung vorankommen? Wie kann der Bund seiner Funktion als Vorbild für den Privatsektor besser gerecht werden?**
- 23. Wie muss das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz weiter entwickelt werden, damit es wirksamer gegen Diskriminierung – auch von Seiten staatlicher Institutionen – schützt?**

Gesundheit

Gesundheit ist ein hohes Gut und eine angemessene, kultursensible gesundheitliche Versorgung ist ein Menschenrecht. Die zunehmende Vielfalt der Gesellschaft spiegelt sich auch in Krankenhäusern, ambulanter medizinischer Versorgung und Pflege sowie (teil-)stationären Pflegeeinrichtungen. Aber Tatsache ist: Menschen mit Migrationshintergrund nehmen Gesundheits- und Pflegeleistungen seltener in Anspruch und auch bei ihrer gesundheitlichen Versorgung gibt es Defizite.

- Alle Institutionen des Gesundheitswesens müssen sich interkulturell öffnen und aktuelle Standards des Diversity Managements umsetzen. Kultursensibilität muss dabei sowohl in der Aus- als auch in der Weiterbildung der Pflegeberufe eine große Rolle spielen. Strategien für eine Stärkung der kultursensiblen Angebote sind dabei gemeinsam mit den Migrantenselbstorganisationen und nach Evaluation der bestehenden kultursensiblen Angebote zu erarbeiten.
- Wir setzen uns für den Aufbau einer bundesweiten Datenbank sowie einer zentralen Vermittlungshotline für Sprachmittlung ein. Wir wollen zudem eine grundlegende Regelung der Finanzierung der Sprachmittlung erarbeiten, um Versorgungslücken zu schließen und die Folgekosten von Über-, Unter- und Fehlversorgung durch kommunikative Barrieren zu vermeiden.
- Für die bessere Versorgung der neuankommenden Flüchtlinge wollen wir in den Erstaufnahmestellen die Errichtung kleiner Gesundheitszentren ermöglichen. Die Einführung der Gesundheitskarte für Asylsuchende wollen wir weiter vorantreiben. Dabei ist

es unser Ziel, nicht nur die Rahmenbedingungen für eine angemessene Gesundheitsversorgung zu schaffen, sondern die Kommunen bei der Umsetzung auch finanziell zu entlasten. Besonderer Fokus soll dabei auf der Betreuung von traumatisierten Flüchtlingen, Folteropfern sowie Schwangeren liegen.

24. Wie können mehr Menschen mit Migrationshintergrund für Gesundheitsberufe gewonnen und bestehende Zugangsbarrieren v.a. bei schulischen Ausbildungsgängen abgebaut werden?

25. Wie stärkt man bereits bestehende kultursensible Angebote im Gesundheitswesen?

26. Wie werden kulturelle Barrieren bei Menschen mit Migrationshintergrund – bspw. etwaige Vorbehalte gegenüber betreutem Wohnen – abgebaut?

3. TEILHABE

Wir wollen die gesellschaftliche Teilhabe und das Engagement aller Bürgerinnen und Bürger stärken. Wir wollen Zugänge zum Engagement erleichtern und Rahmenbedingungen verbessern. Migrantenselbstorganisationen sind dabei ein zentraler Partner, denn sie erbringen Integrationsleistungen für die gesamte Gesellschaft.

- Bei der Stärkung des Engagements setzen wir auf Patenschafts- und Mentoringprogramme, einen Fonds für Kommunen, aber auch hauptamtliche Koordinierungsstellen für ehrenamtliche Netzwerke.
- Damit Familien ihre wichtige Funktion für eine gelingende Integration wahrnehmen können, müssen Beratungsangebote gestärkt werden – bspw. durch den Ausbau von Familienzentren und aufsuchenden Hilfen. Migrant(-innen)selbstorganisationen, die Angebote für Eltern entwickeln, müssen gefördert und systematisch in interkulturelle Öffnungsprozesse einbezogen werden. Das Gewaltschutzsystem muss in Bezug auf die Lebenssituation der betroffenen Frauen (und Kinder) weiter entwickelt werden.

27. Wie kann Engagement und Ehrenamt besser unterstützt werden? Wie kann gleichzeitig sichergestellt werden, dass ehrenamtliche Arbeit hauptamtliche Arbeit nicht ersetzt?

28. Wie werden Migrantenselbstorganisationen als Akteure gestärkt? Wie kann das Engagement ihrer Mitglieder noch stärker für ihre gesellschaftliche Teilhabe genutzt werden?

Wir wollen unsere Demokratie auch in Zukunft lebendig halten und Menschen, die zu uns kommen, möglichst schnell in demokratische Prozesse einbinden.

- Wir wollen die Programme „Soziale Stadt“ und „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ) ausbauen und aufstocken. Außerdem wollen wir eine „Bundesstiftung Soziale Stadt“ als Plattform für privates und zivilgesellschaftliches Engagement gründen.
- Um der Radikalisierung von Menschen und ihrem Abdriften in demokratiefeindliche Kreise zu begegnen, wollen wir lokale Demokratiewerkstatt stärken. Die bewährten Programme gegen Rechtsextremismus wollen wir weiter entwickeln und neue Programme gegen religiös begründeten Extremismus auflegen.
- Wir wollen die wichtige Informations- und Aufklärungsarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung sowie der politischen Stiftungen stärken. Die Förderung des Bundesprogramms „Demokratie leben“ muss erhöht werden. Ein neues Bundesprogramm „Recht verstehen – Recht einhalten“ soll über Recht und Rechtsstaatlichkeit informieren. Das Projekt „Kampf gegen Extremismus“ soll gegen Hasspropaganda und entwürdigende Sprache im Internet angehen.
- Lange in Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer haben die Möglichkeit, sich einbürgern zu lassen. Dabei müssen sie in der Regel ihre bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben. Wir setzen uns dafür ein, dass sie ihre alte Staatsangehörigkeit behalten können sowie für die komplette Abschaffung der Optionspflicht.
- Ein wichtiger Baustein der politischen Mitsprache ist das kommunale Wahlrecht. Mit dem Maastrichter Vertrag von 1992 haben EU-Bürgerinnen und -Bürger das Wahlrecht auf kommunaler Ebene erhalten. Wir fordern dieses Recht auch für dauerhaft hier lebende Menschen aus Nicht-EU-Staaten.
- Wir werden uns mit der Frage auseinandersetzen, ob eine Neustrukturierung der Verwaltung hin zu einem einheitlichen Bundesministerium für Integration und Migration der richtige Schritt ist, um eine bessere Teilhabe aller Menschen in Deutschland zu ermöglichen.

- Teilhabe gelingt nicht nur durch Bildung und Arbeit. Auch die Bereiche Sport, Kultur und Medien sind dafür zentral. Auch hier wollen wir bestehende Instrumente und Initiativen ausbauen und weiter entwickeln.

29. Ist die Schaffung eines Integrationsministeriums sinnvoll? Welche Aufgaben sollte solch ein Ministerium übernehmen?

30. Wie kann der Bund dazu beitragen, dass sich alle demokratiefördernden Kräfte gemeinsam gegen die Radikalisierung der Gesellschaft stellen?

31. Braucht es ein Teilhabe- und Integrationsgesetz auf Bundesebene?

Zusätzliche Fragen:

32. Welche weiteren wichtigen Aspekte der Integration fehlen in unserem Dialogpapier?

33. Mit welchen Maßnahmen könnte man sie verwirklichen?

34. Wie erreichen wir, dass Vielfalt in unserer Gesellschaft wertgeschätzt wird?

Kontakt:

SPD-Bundestagsfraktion

Projektgruppe #NeuesMiteinander

Referentin: Cilia Ebert-Libeskind

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon: 030 227 51180

E-Mail: cilia.ebert-libeskind@spdfraktion.de

Web: www.spdfraktion.de/projekt-zukunft